

Festrede auf dem Stiftungsfest-Kommers der Alten Darmstädter Burschenschaft  
Germania

Darmstadt, 22. Mai 2009

***"Wir Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union sind zu  
unserem Glück vereint."***

Mit diesem Satz aus der Berliner Erklärung, 50. Jahre Römische Verträge vom Mai  
2007 grüße ich Sie sehr herzlich

sehr geehrte Alte Herren, sehr geehrte Aktivitas,

ich bedanke mich sehr herzlich für die Ehre, die Kommers-Festrede auf dem 140.  
Stiftungsfest der Alten Darmstädter Burschenschaft Germania halten zu dürfen.

1.

Ihr Bund blickt auf eine interessante Geschichte und inzwischen auch ehrwürdige und  
stolze Tradition zurück.

In der Tradition des Hambacher Festes und erfüllt vom nachbarschaftlichen Genius  
Loci des Frankfurter Paulskirchen-Parlaments lohnt es sich, einen Ausblick auf  
Europa zu wagen.

Schließlich trafen sich bereits 1832, so berichteten es die Chronisten:

*"Menschen aus allen Bevölkerungsschichten und aus zahlreichen Nationen", "vom  
Studenten bis zum Abgeordneten, vom Franzosen bis zum Polen",*

2.

Die Hauptforderungen der Hambacher Fest-Teilnehmer waren Freiheit, im Sinne der  
Versammlungsfreiheit, Pressefreiheit und Meinungsfreiheit, Bürgerrechte, nationale

Einheit, eine Neuordnung Europas auf der Grundlage gleichberechtigter Völker, Volkssouveränität und religiöse Toleranz.

Wieviel haben wir in Europa nicht inzwischen erreicht?

Die europäische Einigung ist und bleibt eine einzigartige Erfolgsgeschichte. Denn seit inzwischen über 50 Jahren bringt sie uns und immer mehr Ländern Europas Frieden, Freiheit, Wohlstand und Sicherheit.

Die Europäische Union ist zugleich auch die beste Antwort auf Herausforderungen aus der Globalisierung, wie neue Bedrohungen unserer äußeren und inneren Sicherheit, Klimawandel, Energiesicherheit und Migration. Nur gemeinsam können die europäischen Staaten die Interessen ihrer Bürgerinnen und Bürger in dieser globalen Ordnung wirkungsvoll vertreten.

Das klingt inzwischen wie eine Binsenweisheit, wird aber doch von manchen Populisten und Demagogen bekämpft.

Einige kommen unter dem Schwindel-Etikett "Libertas" (Ganley, Irland) daher, andere traten unter dem Banner "Recht und Gerechtigkeit" (Kaczynski, Polen) an.

Sie, in der Germania, haben es in ihrem Wahlspruch niedergelegt: Einigkeit macht stark! Das gilt eben nicht nur im Personalverband der Burschenschaft, sondern auch für die Union der Staaten und Völker Europas.

Und dazu braucht Europa vor allem eine gute Vertragsgrundlage, eine stabile Währung, einen funktionsfähigen Binnenmarkt, Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze, innere und äußere Sicherheit und ein größeres Gewicht in der Welt.

Für diese Ziele müssen wir uns auch in Zukunft in Europa einsetzen.

3.

Wie unersetzbar und alternativlos unsere europäische Gemeinschaft ist, wird uns gerade jetzt in der gegenwärtigen Wirtschafts- und Finanzkrise ganz deutlich:

Die aktuellen und künftigen wirtschaftlichen und finanziellen Herausforderungen sind heute nicht mehr im nationalen Alleingang zu lösen. Und bis jetzt ist es unklar, wie lange noch die globale Finanzkrise unsere europäischen Märkte belasten wird.

Auf diese Krise aber mit nationalen Lösungen zu antworten, wäre genau die falsche Antwort. Denn dann würde unser jahrzehntelanger in vielen Verhandlungen erzielte Konsens über den Binnenmarkt, die Freizügigkeit von Arbeitnehmern oder die gemeinsame Verpflichtung zur Haushaltsdisziplin von einem Tag auf den anderen einem anachronistischen Protektionismus und damit einer Renationalisierung geopfert.

Ich möchte mir nicht vorstellen, wie Europa heute da stehen würde, wenn wir uns nicht europaweit in unseren Reaktionen auf die Finanzkrise abgestimmt hätten oder wir ohne den Euro in eine sündhaft teure und gefährliche Währungsspekulation getrieben worden wären.

Europa und insbesondere unsere gemeinsame Währung - der Euro - haben ihre Feuerprobe erfolgreich bestanden. Fast schon souverän hat die EU und ihre Zentralbank die EU-Wirtschaft und uns Bürger durch die Krise geleitet, während an anderen Orten auf dieser Welt die Währungen einbrachen und es an den Banken krachte.

Niemals hätten die Deutsche Mark und die deutsche Exportwirtschaft auf solch eine Krise reagieren können, wie es uns die europäische Währungsunion und der Euro mustergültig gezeigt haben. Ohne unsere Wirtschaftsgemeinschaft wären Europas Regierungen sicherlich nicht in der Lage gewesen, so koordiniert mit dieser Situation umzugehen.

Die Beitrittsgesuche in die Eurozone, die von Island über Dänemark bis nach Osteuropa reichen, sind eindeutiger Beweis dafür, dass der Euro mit seinen Vorteilen nun endlich etabliert ist und die Anerkennung bekommt, die ihm schon lange zusteht. Allerdings müssen wir darauf achten, dass alle Euro-Anwärter auch die festgelegten Kriterien zum Beitritt in die Euro-Zone erfüllen!

Aber die Finanzkrise führt uns nicht nur Erfolge in Europa vor Augen, sondern macht auch sehr deutlich, wo überall noch große koordinatorische Lücken und intransparente Löcher klaffen, die schon längst hätten gestopft werden müssen.

Zwar ist es äußerst bedauerlich, dass es zu einer Krise mit solch globaler Wirkung hat kommen müssen, um uns auf die Versäumnisse der letzten Jahrzehnte hinzuweisen - aber umso mehr muss jetzt die Chance ergriffen werden, diese Probleme anzugehen und endlich zu lösen. Denn nach einem Jahrzehnt unregelter Finanzmarktexpansion offenbaren sich nun die strukturellen Probleme.

Daher hat das Europäische Parlament bereits einige Maßnahmen beschlossen, die nun von der Europäischen Kommission und den Mitgliedstaaten umgesetzt werden müssen:

- Wir brauchen bessere Aufsichtsregelungen und harmonisierte Mindeststandards für Finanzprodukte.
- Transparenz und Rechenschaftspflicht müssen zum A und O auf den internationalen Finanzmärkten werden.
- Es wird höchste Zeit, dass sich Ratingagenturen sowie Hedge Fonds nicht nur europaweit, sondern auch global Regulierungen unterwerfen müssen.
- Verantwortliche Manager sollen zukünftig nicht nur an Gewinnen, sondern auch an Verlusten angemessen beteiligt werden.
- Eine richtige und echte Bilanzierungsmethode könnte einen entscheidenden Beitrag dazu leisten, Finanzkatastrophen dieses Ausmaßes zu verhindern.
- Wir befürworten die Einrichtung einer europäischen Bankenaufsicht, die mit ausreichenden Vollmachten und unabhängigen Handeln in der Lage wäre, alle Aktivitäten eines Finanzinstituts zu überprüfen.

Eine der größten Gefahren für die mittelfristige Erholung der Weltwirtschaft geht von der Abschottung nationaler Märkte aus. Protektionismus innerhalb der EU ist grundsätzlich verboten - es gelten die Regeln des Binnenmarktes und die europäischen Wettbewerbsregeln.

Gerade wir als Exportweltmeister müssen versuchen, alles zu tun, um ein Wiedererstarken des Protektionismus zu verhindern.

Wir müssen darauf achten, dass bereits fest etablierte Regelungen - wie der Stabilitäts- und Wachstumspakt, die Wettbewerbsregeln, die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank oder die Klimaziele - vor dem Hintergrund der Finanzmarktkrise nicht von einzelnen Regierungen ausgehebelt werden.

Denn sonst könnten nach und nach die wichtigsten Fundamente der EU abgetragen werden und dabei sind es doch gerade sie, die uns in der aktuellen Situation vor weiteren Schäden schützen.

Die aktuelle Situation sehe ich daher als Chance, die Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft auf europäischer Ebene noch stärker zu verankern und als Chance, bei den Wirtschafts- und Staatenlenkern wieder mehr Verantwortung einzufordern.

4.

Von der Gründung der Europäischen Gemeinschaft bis heute verbinden wir mit Europa Werte wie Wohlstand, Freiheit, Frieden und soziale Gerechtigkeit.

Das europäische Modell des 20. Jahrhunderts hat sich mehr als bewährt. Unser Ziel muss es sein, dieses europäische Modell - mit all seinen erfolgreichen Methoden, außen- und innenpolitische Probleme diplomatisch und friedfertig zu lösen - auf unsere globalen Strukturen zu übertragen.

Ein starkes und einiges Europa ist für uns die beste Antwort auf die aktuellen Herausforderungen und unsere Chancen in der Globalisierung.

So konnten wir mit diversen EU-Friedenseinsätzen von Afrika über Asien bis nach Lateinamerika in den letzten Jahren immer wieder zu Stabilität, Demokratie und Frieden über Europas Grenzen hinweg beitragen.

Lassen Sie mich als Beispiel hier den Konflikt zwischen Georgien und Russland vergangenen Sommer aufführen.

Unter französischer Ratspräsidentschaft wurde damals in Windeseile ein Sechspunkte-Plan ausgearbeitet, der Grundlage für die weiteren Waffenstillstandsverhandlungen bildete.

Wir haben uns dafür eingesetzt, dass die Verhandlungen über ein Partnerschafts- und Wirtschaftsabkommen zwischen der EU und Russland so lange ausgesetzt wurden, bis Russland alle Bedingungen des Sechspunkte-Planes erfüllt hat.

Sicher ist, dass es im Interesse aller liegen muss, mit Russland, einem großen europäischen Nachbar und einer Veto-Macht in der UNO, zu kooperieren - internationale Herausforderungen wie Terrorismus, die Lage im Nahen Osten, die Finanzkrise, der Klimawandel und insbesondere die langfristige Energiesicherheit sind nicht ohne Russland zu bewältigen.

Allerdings pochen wir darauf, dass Russland sich seiner völkerrechtlichen Verpflichtungen bewusst wird. Russland muss akzeptieren, dass die Politik der Einflussphären der Vergangenheit angehört und heutzutage jedes Land frei über seine Mitgliedschaft in einer internationalen Organisation entscheiden kann.

Neben der Partnerschaft mit Russland nehmen für uns die transatlantischen Beziehungen mit den USA einen wichtigen Part in unserer internationalen Arbeit ein. Die EU und die USA sind beim Handel und bei Investitionen inzwischen die am stärksten verbundenen Wirtschaftsräume der Welt: 20 Millionen Arbeitsplätze sind hier im Spiel!

Wir wollen unsere wirtschaftlichen Beziehungen mit den USA weiter ausbauen und damit alle unnötigen Handelshemmnisse aus der Welt schaffen.

Einen ersten erfolgreichen Schritt in Richtung eines wirklichen transatlantischen Marktes haben wir mit der Schaffung der transatlantischen Wirtschaftspartnerschaft gemacht. Daran werden wir weiter anknüpfen!

Um unsere Interessen in der Welt durchsetzen zu können, brauchen wir ein starkes Europa - das heißt, ein Europa, das mit einer Stimme spricht.

Und dazu brauchen wir den Lissabon Vertrag.

Denn er schafft die politischen und institutionellen Voraussetzungen dafür, dass die EU schneller handlungsfähig ist - so wird ein europäischer "Außenminister" (Hoher Beauftragter für die gemeinsame Außenpolitik), der gleichzeitig Vizepräsident der Europäischen Kommission ist, die Interessen der europäischen Gemeinschaft sicherlich besser im Ausland verkaufen können, als ein mehrstimmiger Chor von 27 nationalen Außenministern.

Einen enormen Anteil zu mehr Stabilität und Demokratie in Europa und der Welt hat uns die letzte große Erweiterungsrunde gebracht.

Mit der Erweiterung der EU auf nun 27 Mitgliedstaaten hat sich der politische Einfluss der EU nach Osten hin ausgedehnt. Die 10 neuen Mitgliedstaaten mit Bulgarien und Rumänien haben nun die Chance, selbstbewusster und unabhängiger von russischer Politikgestaltung ihr demokratisches Staatswesen weiterzuentwickeln.

Nichtsdestotrotz kann eine ständige und quasi automatisierte EU-Erweiterung auf Dauer keine Lösung für unsere Beziehungen mit unseren Nachbarn sein.

Es wäre falsch, heute zu behaupten, dass wir schon die neuen geographischen, politischen und kulturellen Herausforderungen der Erweiterungsrounden von 2004 und 2007 hinreichend verdaut hätten. Bevor sich die EU weiter ausdehnt, braucht sie deshalb erstmal genügend Zeit, sich im Inneren zu konsolidieren.

Deswegen ist für uns nicht allein nur ausschlaggebend, ob ein EU-Anwärterland die politischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Bedingungen für einen EU-Beitritt erfüllt - Hauptaufnahmekriterium muss in den nächsten Jahren sein, ob die EU überhaupt selbst dazu in der Lage ist, neue Mitglieder aufzunehmen.

Denn was brächte uns und unseren politischen und wirtschaftlichen Partnern in der Welt eine EU, die funktionsuntüchtig und ineffizient wäre?

Wir müssen unsere europäische Identität und die Funktionsweise der europäischen Institutionen erstmal festigen - insofern wird es mit uns vor Inkrafttreten des Lissabon Vertrages bis auf Kroatien keine weitere Erweiterung der EU geben!

Ein Beitritt zur EU darf nicht die einzige Möglichkeit sein, unsere europäischen Nachbarn an uns zu binden. Wir setzen uns daher ein für einen neuen Status zwischen Vollmitgliedschaft und Nachbarschaftspolitik - dieser kann ein Zwischenschritt oder aber auch eine Dauerlösung darstellen. Er gewährleistet aber eine feste Anbindung an die EU, ohne dabei gleichzeitig die institutionelle Gestaltung und Funktionstüchtigkeit der EU in Frage zu stellen.

Mit neuen Instrumenten wie einem europäischen Wirtschaftsraum Plus könnten wir so die politischen und wirtschaftlichen Fortschritte der Partner- und Nachbarstaaten und auch die Kapazitäten der EU berücksichtigen.

Die Gründung der "Union für das Mittelmeer" im Juli 2008 oder die Gründung der "Östlichen Partnerschaft" vor wenigen Wochen in Prag sind hierfür die besten Beispiele.

Vor diesem Hintergrund betrachte ich auch die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei. Wir dürfen nicht ignorieren, dass die türkischen Reformbemühungen zum Stillstand gekommen sind, sonst machen wir uns mit unserer Erweiterungspolitik komplett unglaubwürdig. Die beste Lösung für eine enge Partnerschaft mit der Türkei ist daher das Konzept einer privilegierten Partnerschaft.

So wie wir außenpolitisch feste und gesicherte Prinzipien festsetzen wollen, so ist auch innenpolitisch die Sicherheit der EU-Bürger bei uns Leitprinzip aller politischen Handlungen.

Ende Dezember 2007 fielen die letzten Grenzstationen zwischen den alten und neuen Mitgliedstaaten.

Der Schengen-Raum konnte um die Mitgliedstaaten Slowenien, Tschechien, Slowakei, Polen, Estland, Lettland, Litauen und Malta erweitert werden - Geschäftsreisende und Touristen können sich seitdem über noch mehr "Freie Fahrt" in Europa freuen.

Es ist anzunehmen, dass auch Verbrecher oder illegale Einwanderer die Vorteile der "Freien Fahrt" nutzen. Damit es erst gar nicht so weit kommt, haben wir uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass parallel zur Schengen Erweiterung innerstaatliche Polizei- und Zollkontrollen sowie die Kontrollen an den EU-Außengrenzen verschärft werden.

Schengen kann nur dann erfolgreich sein, wenn wir weitere Fortschritte bei der Kriminalitätsbekämpfung, der gemeinsamen Einwanderungspolitik und der grenzüberschreitenden Polizeizusammenarbeit machen.

Dazu gehört auch die Bekämpfung der illegalen Migration - die so genannte Rückführungsrichtlinie wird einen entscheidenden Anteil am Erfolg tragen.

Zukünftig wird es einheitliche Standards geben, die die Rückführung von Personen, die sich illegal in der EU aufhalten, zu menschenwürdigen Bedingungen erleichtern wird.

Auch auf diesem Gebiet werden wir mit der Blue Card neue Weichen stellen. Drittstaatsangehörige, die eine hochqualifizierte Beschäftigung in der EU aufnehmen wollen, werden wesentlich schneller, unbürokratischer und flexibler einen einheitlichen Aufenthaltstitel zugewiesen bekommen können.

Damit es zu keinem "Brain Drain" kommt, werden die Mitgliedstaaten aber nur um hochqualifizierte Arbeitskräfte in Sektoren werben können, in denen es nicht bereits schon in den jeweiligen Drittstaaten Arbeitskräftemangel gibt.

Klar ist, dass die Verantwortung für alle Entscheidungen, die den nationalen Arbeitsmarkt betreffen, beim einzelnen Mitgliedstaat bleiben müssen!

Unsere europäischen Aufgaben gehen aber weit über eine Antwort auf die Finanz- und Wirtschaftskrise oder die Stärkung unserer Rolle in der Welt hinaus:

Zentrale Herausforderungen des 21. Jahrhunderts wie Ressourcenknappheit, Energieversorgungssicherheit, Klimawandel können wir nur gemeinsam lösen - kein Mitgliedstaat kann diese heutzutage mehr alleine meistern!

Für uns steht fest: Die Europäische Union zeigt uns hierfür den besten Lösungsweg auf.

5.

Einen entscheidenden Beitrag hierzu leistet das Europäische Parlament - die Volksvertretung aller EU-Bürgerinnen und EU-Bürger.

Seit den ersten Direktwahlen zum Europäischen Parlament im Jahr 1979 hat sich viel verändert:

das Europäische Parlament hat sich von einem einst beratenden Organ mit sehr geringen Kompetenzen hin zu einem echten und selbstbewussten Gesetzgeber entwickelt.

Heute sind wir Abgeordneten richtungweisend mit dabei, wenn auf EU-Ebene Gesetze verabschiedet werden, die einen jeden von uns betreffen - denn bis zu 80% unserer Gesetze beruhen inzwischen schon auf EU-Gesetzgebung.

Aber auch unser europäischer Kontinent hat sich verändert:

Bei den ersten Wahlen 1979 waren Ländern wie Estland, Lettland und Litauen noch von der Sowjetunion besetzt, der Warschauer Pakt und ein bis zum Jahr 1989 geteiltes Deutschland seien hier symbolisch für die politische Teilung zwischen Ost und West genannt.

Heute blicken wir auf ein Europa, das wiedervereint ist und die gemeinsamen Werte von Friedenssicherung über Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie teilt.

Das System der totalitären Staaten ist zusammengebrochen - ein großer Erfolg und Sieg für unsere europäische Wertegemeinschaft.

Europa war und ist eine Erfolgsgeschichte:

in den letzten Jahren haben wir die europäische Integration in vielerlei Hinsicht weiterentwickelt, insbesondere auch durch die Aufnahme neuer Mitgliedstaaten - wir haben damit nicht unwesentlich dazu beigetragen, die neuen demokratischen und marktwirtschaftlichen Ordnungen dieser Länder zu konsolidieren.

Die Europäische Union hat es geschafft, die Zeit der klassischen zwischenstaatlichen Kriege auf unserem Kontinent endlich zu beenden.

Das alles, was wir in den letzten 60 Jahren in Europa gemeinsam geleistet haben, ist nicht selbstverständlich - auch wenn es uns heute schon manchmal so scheint!

6.

Dennoch gibt es noch genügend Aufgaben auf europäischer Ebene, die wir noch zu bearbeiten haben. Mir scheint es heute ein lohnendes Ziel, für mehr Sicherheit in einem starken Europa zu sorgen:

- mehr Sicherheit bei der zukünftigen Energieversorgung,
- mehr Sicherheit für den Verbraucher,
- sichere Arbeitsplätze und sicheres Wirtschaftswachstum,
- eine gerechte Finanzierung der EU gewährleisten,
- mehr Sicherheit vor terroristischen Anschlägen und der organisierten Kriminalität,
- eine sichere Rolle der EU im Zusammenspiel der globalen Kräfte,
- ein Europa, das die Probleme zu lösen hilft, die wir auf kommunaler, regionaler oder nationaler Ebene nicht mehr alleine lösen können

und vor allem,

- dass weder *deutsche Frauen und Jungfrauen* noch *deutsche Männer und Burschen* in der europäischen Ordnung politisch mißachtet werden. Mit anderen Worten: Ihre Stimme und Ihre Vorschläge sollen gehört werden!

Meine Herren,

Europa geht uns alle an, viele Entscheidungen beeinflussen unser tägliches Leben.

Deshalb müssen wir uns darum kümmern.

Sie haben mir heute Abend Ihre Aufmerksamkeit für unsere europäische Zukunft geschenkt.

Ich wünsche der Germania anlässlich des 140. Stiftungsfestes viele weitere Jahre der freundschaftlichen Verbundenheit, akademischen Erfolge und wissenschaftlichen Neugierde.

Möge Ihre Tradition, wie sie sich im Germania-Wahlspruch und im Wahlspruch Ihres Dachverbandes ausdrückt, Ihnen dabei ein Geleitwort sein. Ihr staatsbürgerliches Engagement ist ein guter Beitrag für unsere europäische Zukunft!

Vielen Dank!